

20.8.1970

Rede des Mitgliedes des Politbüros des ZK der SED und
Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Genossen Willi
S t o p h , am 20. 8. 1970 in Moskau

Teure Genossen!

Gestatten Sie, zunächst dem Zentralkomitee der KPdSU
und der Sowjetregierung für die Einladung zu dieser wichtigen
Beratung zu danken. Die Initiative zu dieser Zusammenkunft
unmittelbar nach der Unterzeichnung des Vertrages zwischen
der UdSSR und der BRD halten wir für äußerst nützlich. Wir
sind davon überzeugt, daß die Ergebnisse unserer Beratung
die Einheit unserer sozialistischen Staatengemeinschaft
stärken und unserem weiteren gemeinsamen Vorgehen dienlich
sein werden.

Das Zentralkomitee der SED und die Regierung der DDR
möchten das Zentralkomitee der KPdSU und die Regierung der
UdSSR zum Abschluß des Vertrages zwischen der UdSSR und der
BRD beglückwünschen.

Dieser Vertrag ist das Ergebnis eines langwierigen Kampfes der UdSSR und der anderen sozialistischen Bruderstaaten um die Sicherung der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges. Mit diesem Vertrag hat die auf die Herbeiführung der europäischen und internationalen Sicherheit gerichtete gemeinsame Politik der Staaten des Warschauer Vertrages, dank der konstruktiven Bemühungen unserer sowjetischen Genossen, einen bedeutenden Erfolg errungen. Ein Vierteljahrhundert nach dem Ende des zweiten Weltkrieges eröffnet der Vertrag zwischen der UdSSR und der BRD Möglichkeiten zur Festigung der europäischen Sicherheit und zur Gewährleistung eines dauerhaften Friedens.

Die europäische Sicherheit erfordert bekanntlich vor allem die Anerkennung des territorialen Status quo und die Herstellung normaler Beziehungen zwischen allen Staaten. Mit dem Vertrag vom 12. August werden die im Ergebnis des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung entstandenen Realitäten und die Unantastbarkeit der europäischen Grenzen, insbesondere der Oder-Neiße-Linie als Westgrenze

der Volksrepublik Polen und die Grenze zwischen der DDR und der BRD, völkerrechtlich fixiert. Damit wurde einem erklärten Ziel unseres sozialistischen Verteidigungsbindnisses entsprochen.

Der Vertrag ist somit ein bedeutsamer Schritt auf dem Wege zur Minderung der Spannungen. Er schafft günstigere Voraussetzungen zur Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz. Die kollektiv ausgearbeitete Linie unserer Staaten wurde von den sowjetischen Genossen mit Erfolg durchgesetzt und die Einheit der sozialistischen Staatengemeinschaft weiter gefestigt.

Die vertragliche Fixierung des territorialen Status quo entspricht auch den Beschlüssen der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien von Karlovy Vary und der Internationalen Beratung vom Juni 1969.

Genossen! Unsere Partei empfindet es als ein besonderes Bedürfnis, der KPdSU zu danken; denn mit diesem Vertrag werden auch die Position und die Sicherheit der Deutschen Demokratischen Republik bedeutend gestärkt. Der Vertrag verpflichtet in völkerrechtlich verbindlicher Form die BRD, die territoriale Integrität des deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates in seinen heutigen Grenzen

uneingeschränkt zu achten. Mit den Bestimmungen des Vertrages wird die Regierung der BRD verpflichtet, von der Alleinvertretungsannahme Abstand zu nehmen.

Wir ziehen aus dem Abschluß des Vertrages vor allem die Schlußfolgerung, die DDR als sozialistischen deutschen Nationalstaat weiter zu festigen, das entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus zu gestalten und die DDR politisch, ideologisch und ökonomisch verstärkt von der kapitalistischen BRD abzugrenzen. Gerade nach dem Abschluß dieses Vertrages werden wir die allseitige Zusammenarbeit und Kooperation mit der UdSSR und den anderen Bruderländern intensivieren. Erstrangige Bedeutung gewinnt für uns die Erziehung der Volksmassen im Geiste des sozialistischen Patriotismus und sozialistischen Internationalismus. Es gilt, systematisch die sozialistische Ideologie in die breitesten Massen zu tragen und ihr sozialistisches Bewußtsein zu erhöhen. Zugleich ist die Auseinandersetzung mit der imperialistischen Ideologie, einschließlich des Sozialdemokratismus, zu führen. Von entscheidender Bedeutung wird die Darlegung und Durchsetzung der marxistisch-leninistischen Erbschaft sein. Die DDR ist ein sozialistischer Staat.

deutsche Nationalstaat.

Genossen! Mit diesem Vertrag sind günstigere Möglichkeiten für die weitere Entwicklung der internationalen Beziehungen der Deutschen Demokratischen Republik entsprechend den Grundsätzen des Völkerrechts geschaffen worden.

Die große Bedeutung des Vertrages kommt auch in folgender Tatsache zum Ausdruck: Die BRD, der in der imperialistischen Globalstrategie die Rolle des Bollwerkes und der Speerspitze gegen den Sozialismus in Europa zugeacht ist, hat in diesem Vertrag auf Gebietsansprüche verzichtet und die bestehenden Grenzen in Europa, die Oder-Neiße-Linie als die Westgrenze der Volksrepublik Polen sowie die Grenze zwischen der DDR und der BRD für heute und künftig als unverletzlich anerkannt. Mit diesem Vertrag mußte die BRD ihre jahrelange Forderung auf Wiederherstellung der Grenzen des ehemaligen Deutschen Reiches von 1937 offiziell aufgeben.

Genossen! In alledem kommt die weitere Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Friedens und des Sozialismus zum Ausdruck. In der Haltung der westdeutschen Regierung widerspiegelt sich eine der besonderen Erscheinungen in der Entwicklung des Imperialismus der Gegenwart, auf die Genosse Brezhnev in seiner Rede auf der Internationalen Beratung 1969 hingewiesen hat: Der Imperialismus ist gezwungen, sich angesichts der wachsenden Stärke der Sowjetunion, der soziali-

revolutionären Kräfte in der Welt dem veränderten Kräfteverhältnis anzupassen. Zweifellos hat diese Entwicklung zu einer gewissen Ernüchterung bestimmter herrschender Kreise in der Bundesrepublik beigetragen.

Der Abschluß des Vertrages schafft günstige Bedingungen, unser gesamtes vereinbartes Programm zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit zu verwirklichen. Wir unterstützen daher die Vorschläge, die Genosse Breschnew hier unterbreitet hat. Wir sind gewiß, daß sie zur Lösung solcher Aufgaben beitragen werden wie:

- die zielstrebige Vorbereitung der europäischen Sicherheitskonferenz,
- zu weiteren Teilmaßnahmen zur Abrüstung,
- die vertragliche Anerkennung der Grenze an Oder und Neiße durch die BRD gegenüber der Volksrepublik Polen;
- der Anerkennung der Wichtigkeit des Münchener Abkommens von Anfang an;
- die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch weitere Staaten;
- die Behandlung Westberlins als selbständige politische Einheit.

Die Erreichung dieser Ziele bedarf gewiß eines längeren, zähen gemeinsamen Kampfes und der weiteren Veränderung des Kräfteverhältnisses.

Wir sind uns alle darin einig, daß der westdeutsche Imperialismus von seiner grundlegenden Zielsetzung nicht Abstand genommen hat, in die sozialistischen Länder, speziell in die DDR, einzudringen. Dazu will er auch seine Basis in Westberlin ausbauen und durch Abkommen absichern. Die Bundestagsparteien versuchen, unter den Losungen von der "Einheit der Nation", der "innerdeutschen Beziehungen" und der "menschlichen Erleichterungen" den Nationalismus in Westdeutschland zu entfachen und -wie sie sagen - unsere Grenzen "durchlässig" zu machen.

Wir werden keinen Illusionen über den westdeutschen Imperialismus Raum geben und höchste politische Wachsamkeit üben. Dabei beachten wir, daß in der Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus dem Sozialdemokratismus in der imperialistischen Politik eine besondere Rolle zugeordnet ist.

Genossen! Natürlich bedarf es für eine gründliche Analyse und für die Ausarbeitung miteinander abgestimmter Aktionen

weiterer Überlegungen und kollektiver Beratungen. Wir werden sehen, was die Regierung der BRD aus diesem Vertrag macht.

Welche Schlußfolgerungen sind heute möglich?

Zum Erfolg dieses Vertrages haben vor allem die wachsende Stärke der Sowjetunion, der sozialistischen Staatengemeinschaft und unsere Einheit beigetragen. Gerade diese Faktoren sind weiterhin entscheidend.

Wir sind entschlossen, unseren Beitrag zur Stärkung des Bündnisses der Warschauer Vertragsstaaten und zur Verwirklichung unserer gemeinsamen Beschlüsse über die sozialistische wirtschaftliche Integration im RGW zu leisten.

Wir sehen günstigere Möglichkeiten

- für die Verwirklichung der Beschlüsse der Budapester Außenministerkonferenz;
- für die Erweiterung der diplomatischen Beziehungen der DDR;
- für den Kampf um die Aufnahme der DDR in die UNO und andere internationale Organisationen.

Wir danken allen Bruderstaaten für die der DDR erwiesene Solidarität.

Die Festigung der Positionen und der Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten, die Fortschritte auf dem Wege zur europäischen Sicherheitskonferenz sowie die weitere internationale Anerkennung der DDR sind geeignet, den in Westdeutschland sich entwickelnden Kampf um die Ratifizierung des Vertrages im positiven Sinne seitens unserer Staaten zu beeinflussen und die demokratischen, friedliebenden Kräfte in der BRD zu unterstützen.

Unsere Delegation ist überzeugt, daß unsere heutige Beratung und ihre Vereinbarungen, unseren weiteren koordinierten außenpolitischen Aktionen zu neuen Erfolgen im Kampf um Frieden, Sozialismus und internationale Sicherheit führen werden.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.